

Berlins geheime Bunkerpläne

Im Dezember 1997 wird der Regierungsbunker im Ahrtal aufgegeben. Ganz überraschend kommt diese Entscheidung nicht und bereits ab Sommer 1997 wird am Nachfolger getüftelt.

Ganz oben auf den Favoritenlisten: kein Neubau, sondern die Revitalisierung bestehender Bunker, die nach Ende des Kalten Krieges abgeschaltet wurden.

Mehrere Expertengruppen werden geheim losgeschickt und bewerten Anlagen – von aktiven Schutzbauten wie „Erwin“ in Börfink (Besichtigung 24. März 1998) oder „Ruf“ in Ruppertsweiler (2. Dezember 1997; beide Hunsrück) bis hin zu aufgegebenen Objekten im Berliner Umland. Der ehemalige DDR-Regierungsbunker in Prennden oder auch die NVA-Führungsstelle Harnekop fallen durch: „zu wenig Platz, die Technik veraltet, der Zustand verwaht“ fasst die Geheimakte „FÜ S VII 1/07“ den 1997 erreichten Ist-Zustand zusammen.

Doch ein anderer Betonklotz rückt in den Fokus: Falkenhagen.

Der kleine Ort wenige Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze entfernt, beherbergt in einem angrenzenden Waldgebiet eine Bunkeranlage mit Geschichte. Ab 1939 gebaut, sollten hier chemische Brand- und Kampfstoffe (Sarin, „N-Stoff“) produziert werden. Ironie der (Bunker)Geschichte: Im April 1945 ist wenige Kilometer weiter Wehrmachtsgeneral Theodor Busse mit seiner 9. Armee in die Schlacht um die Seelower Höhen involviert. Ab 1958 leitet Busse den Organisationsstab im Bonner Bundesinnenministerium, der Planung und Bau des Regierungsbunkers im Ahrtal verantwortet.

Und auch die Bunker-Geschichte Falkenhagen wird nach Kriegsende unter sowjetischer Regentschaft weiter geschrieben. Ab 1960, so hat es Dr. Heini Hofmann in seinem Buch „Geheimobjekt Seewerk“ zusammengetragen, wird der Standort durch die Moskauer Betreiber zum DDR-Umfeld

abgeschottet. 1967 startet dann ein Ausbauprogramm, das über Jahre bis 1990 anhält. Es entsteht ein Hochsicherheitsbereich, in dessen Herz der „Einsatzgefechtsstand für den westlichen Kriegsschauplatz“ installiert wird. Der Bunker ist selbst für hochrangige DDR-Vertreter tabu. Das Objekt wird unter dem wenig aussagekräftigen Titel „Militärsiedlung Nr. 1“ geführt und wäre im Kriegsfall der Leitstand für die sowjetische Armee auf dem Gebiet der DDR gewesen. Aus einem Fabrikbunker war nach umfangreichen Umbauarbeiten im Innern eine geschützte militärische Kommandozentrale geworden. In große Produktionshallen hatte man mehrere Ebenen mit einer Vielzahl von Räumen, Gängen, Treppenhäusern und Zwischenwänden eingebaut – ein Irrgarten mit schwer zu erfassender innerer Ordnung.

Zwischen 1990 und 1992 räumen die abziehenden Sowjettruppen diese Unterwelt und bauen alles aus, was transportabel ist. Zurück bleiben leere Räume ohne technische Infrastruktur – und 13.000 Quadratmeter Bunkerfläche, wie das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg.) in seinem Geheimdossier 1997 festhält.

Dabei wird dem Rote-Armee-Ausbau sogar eine Kupferummantelung zugesprochen, die einen möglichen künftigen Ausweichsitz EMP-sicher machen würde – ein Novum für einen Regierungsbunker (West)! „Ein Irrtum“, wie Jürgen Freitag

1997 als Kandidat für die Marienthal-Nachfolge genannt: Bunker Falkenhagen.

als technischer Leiter des DDR-Regierungsbunkers klarstellt, denn einen solchen Kupferkäfig habe es nach seinen Recherchen in Falkenhagen nie gegeben.

Ende November 1997 sind sich die Bonner Experten einig: „Die Anlage kann als Ausweichsitz in Betracht gezogen werden. Sie soll wegen ihrer Größe und ihres angenommenen Schutzgrades im allgemeinen Grundvermögen vorgehalten werden, um zu gegebener Zeit Ausbaumaßnahmen einzuleiten.“ Bis dahin will man den Bunker im „Rohbauzustand“ als Bundesliegenschaft er- und als Reserve vorhalten.

Erst 2003 – und damit sechs Jahre nach den heimlichen Zukunftsplänen – wird das Areal durch das Bundesvermögen samt verkauft und befindet sich heute in Privatbesitz.

Sämtliche Planungen für einen künftigen Regierungsbunker werden im Sommer 2001 ergebnislos eingestellt. Allein die drei nationalen Schlüsselressorts der Verteidigung, des Innern und das Bundeskanzleramt richten in den Folgejahren eigene Ausweichsitze ein – von un- bis teilgeschützt. Schutz, so legen es die verantwortlichen Berliner Kreise aus, sollen heute nicht mehr meterdicker Beton und tonnenschwere

Türen garantieren. Man verlässt sich vielmehr auf die geheim gehaltene Lage der Evakuierungszone.

Ein fragiles System Sicherheit mit gravierenden Informationsleckagen. Maßgeblichen Anteil daran haben die ab 1997 angelegten Geheim-Akten des Bundesverteidigungsministeriums zum Marienthal-Nachfolger. Denn während das Bundesinnenministerium (BMI) die Masse seiner Papiere zum „alten“ Regierungsbunker aus den 1960er und 70er Jahre – jenseits einer 30-jährigen Sperrfrist – noch immer unter Verschluss hält, macht das Militär aus den jüngeren Ausweichsitzplänen schon lange kein Staatsgeheimnis mehr. Bereits 2014 konnten Hunderte Seiten dazu im Bundesarchiv, Freiburg, ausgewertet werden und verraten nicht nur etwas über die Bunkermentalität ab 1997. Auch die Denk- und Handlungsmodelle auf höchster politischer Ebene sind aktenkundig. Herauszulesen ist auch eine Menge Frust bei den militärischen Verfassern über eine zu blauäugige Bewertung der nationalen wie auch internationalen Sicherheitslage durch zivile Entscheidungsträger.

So nimmt das Verteidigungsressort das Thema Führungsbunker 1998 selbst in die Hand und sichert sich die aktive Bearbeitung der Ausweichsitz-Planungen mit der „IBuK“-Auslegung: der „Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt“ ist



Hier sollten die Prozesse um die Herstellung des N-Stoffes optimiert werden, dann zog ein Lagezentrum der Sowjetarmee ein und wieder aus. Dieser zentrale Großraum in der zweiten Bunkeretage ist mit seiner Fläche ähnlich groß wie der Kabinetssaal im Ahrweiler Regierungsbunker.

im Friedensfall der/die MinisterIn. Erst im Verteidigungsfall übernimmt laut Grundgesetz der/die BundeskanzlerIn den Oberbefehl über die Bundeswehr. Und so zieht das BMVg. alleine los und sucht einen Ausweichsitz für „seinen“ IBuK.

Nach einer Übergangslösung ist dafür im Juli 2001 auch ein finaler Standort in der Peripherie von Berlin gefunden: Das neu aufgestellte Einsatzführungskommando in Geltow. Delikat: Die militärische Liegenschaft – mit Bunker – wird auch in den Geheimplänen 1997 für einen künftigen Ausweichsitz der Verfassungsorgane gelistet. Doch das Schutzbauwerk „Großer Kurfürst“ ist dafür zu klein, seine Infrastruktur bietet für maximal 50 Insassen Platz, die Technik stammt weitestgehend aus DDR-Zeiten. Und: das Objekt ist bereits durch das Militär belegt. Gezielt wird diese Lösung für einen Regierungsbunker durch das Verteidigungsministerium kaputt argumentiert.

Das deutsche Bunker-Desaster wird am 11. September 2001 offenkundig: Mit den Terroranschlägen verändert sich schlagartig die Bedrohungslage – auch für Staats- und Regierungsfunktionen in Berlin und Bonn. Im Ahrtal wird der gerade gestartete Rückbau gestoppt. Das Bundesinnenministerium fragt beim Verteidigungsminister nach, wie weit dessen bauliche IBuK-Sicherungen voran geschritten sind. Was damit

– auch im Freiburger Bundesarchiv – aktenkundig ist: Das BMI ist nicht mehr Herr des Ausweichsitzverfahrens für die Verfassungsorgane.

Bei aller Faszination, die der „alte“ Regierungsbunker noch immer auf seine Besucher ausüben mag – für das zuständige Bundesinnenministerium verbindet sich damit auch ein Trauma. Milliardenbeträge für Bau und Unterhalt, ewiger Zankapfel zwischen Regierung und Opposition, zwischen Legislative und Exekutive, zwischen Betreiber und Bundesrechnungshof und ohne klare Aufgabendefinition nach Ende des Kalten Krieges.

Experten sind sich längst einig: Ein „zweites Marienthal“ (Regierungsbunker im Ahrtal) wird es heute und in Zukunft nicht mehr geben. Die Berliner Bunkerpläne 1997 bis 2001 – ihnen hängt inzwischen ein muffiger Geruch vergangener Zeiten an.

Andererseits: Wer hätte 1945 erwartet, dass ein gerade besiegtter Wehrmachtsgeneral 13 Jahre nach Kriegsende der Bundesregierung ihren Superbunker plant, umsetzt und dort die erste NATO-Übung 1966 leitet?

(1. August 2018)



**Ausgehängte Deckel
der schließbaren Zuluft aus
sowjetischer Produktion.**